

Danziger Zeitung.

No 8102.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 S. Auswärts 1 R. 20 S. — Inserate, pro Petit-Beile 2 S., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Kretzschmar und H. W. Hoff; in Leipzig: Eugen Forst und H. Engler; in Hamburg: Hasenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schöller; in Götting: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

1873.

Lotterie.

Bei der am 10. Sept. c. fortgesetzten Ziehung der 3. Klasse 148. Königlich Preussischen Klassen-Lotterie fiel 1 Gewinn zu 2000 Thaler auf Nr. 84,380; 1 Gewinn zu 300 Thaler auf Nr. 87,605; und 8 Gewinne zu 100 Thaler fielen auf Nr. 22,504, 23,566, 37,587, 46,336, 48,850, 64,324, 70,258 und 94,791.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Nancy, 10. Sept. Zur Feier der Krönung einer der heiligen Jungfrau bei Fesle in Lothringen errichteten Statue findet heute eine große religiöse Festlichkeit statt, welche die Bischöfe von Straßburg, Belfort, Verdun und Metz, sowie der Erzbischof von Besançon beizubringen werden. Gegen 20,000 Personen nehmen an der Feier Theil.

Copenhagen, 10. Sept. Die gegen die Einschleppung der Cholera getroffenen Massregeln treten sofort den von Petersburg, Kronstadt und Rigakommenden Schiffen gegenüber in Kraft.

New-York, 10. Septbr. Durch die letzte Feuersbrunst in Havanna sind nach den weiter eingetroffenen Berichten 2500 Familien obdachlos geworden. Hier ist eine Subscription zum Besten der Beschädigten und Hilfsbedürftigen eröffnet worden.

Eine Denkschrift über einen Handelsvertrag mit Russland.

(Schluß.) Außer den in den bisherigen Artikeln erörterten Umständen des russischen Zollverfahrens hebt die Königsberger Denkschrift noch mehrere andere speciell hervor, welche sich auf den Verkehr mit Apothekern, Chemikalien, Maschinen, Zucker beziehen. Alle diese Uebelstände und Hemmnisse ziehen Mehrkosten nach sich, und so ist es nicht selten, daß während schon der Zoll dem ursprünglichen Werthe der Waare, die Lagerkosten, Spesen und sonstigen Gebühren dann wieder dem Betrage des Zolls gleichkommen. Zu den lästigsten dieser Gebühren gehören die Artel-Gebühren, d. h. die Gebühren derjenigen Arbeiter-Genossenschaften, welche zur Ausführung aller in den Zoll-Ämtern zu verrichtenden Arbeiten privilegiert sind. Die Gebühren-Sätze sind an sich zu hoch; bei Verzollungen in Eisenbahnen betragen sie oft bedeutend mehr als die Eisenbahnfracht von Königsberg dorthin. Sie werden stets von der ganzen Waarenpost erhoben, selbst wenn die Zoll-Beihilfe, wie ihr das bei richtiger Declaration gebührt ist, nur ein Beihilfe der Waarenpost durch die Artelschützen nachwiegen läßt. In Petersburg und Moskau bestehen wenigstens mehrere Artels, an den meisten andern Ämtern nur je einer, welcher dann ein unbeschränktes Monopol ausübt. Der angelegte Hauptzweck, die Eigenthümer der Waaren vor Beschädigungen derselben und Verlusten zu bewahren, wird durchaus nicht erreicht, denn der Artel hastet nur dann, wenn ihm die ganze Waarenpost vollständig zugewogen oder zugewogen ist. Ob der eingestandene Nebenzweck (§ 2 der Verordnung v. 9. Nov. 1868), auch die Regierung vor Beeinträchtigung der Zollgelder zu sichern, besser erfüllt wird, lassen wir dahin gestellt. Jedenfalls müßten die Gebührensätze ermäßigt und nur für die wirklich verrichteten Arbeiten, nicht aber, wo nur ein kleiner Theil einer Sendung verworfen ist, für Verwerfung der ganzen Sendung erhoben werden. Ja wir halten es keineswegs für eine unzulässige Vermuthung, den Angehörigen eines befreundeten und Reciprocität gewährenden Staates das Recht einzuräumen, zu den an ihren Waaren auf den Zoll-

Ämtern vorzunehmenden Arbeiten sich derjenigen Arbeiter zu bedienen, welche diese Arbeiten am billigsten und besten verrichten. Mit Befreiung des Monopoles würde der Artel von selbst seine Ansprüche erlöschen.

Ein zweites noch unstatthafteres Monopol ist das Klärungs- und Expeditions-Monopol an den Eisenbahn-Übergangspunkten, welches zuerst vor mehreren Jahren in Wirballe eingeführt ist und jetzt leider auch in Proßken-Grasewo Platz zu greifen scheint. Wenn man bedenkt, daß die Waaren zur Expedition und Declaration an der Grenze an eine andere, als die von den Behörden bestimmte Zoll- oder Bahn-Agentur abgefertigt, von den Vortheilen des directen Eisenbahnverkehrs ausgeschlossen, so heißt das diesen Agenturen ein gemeinsames Privilegium verleihen. Denn selbst ohne besondere bösen Willen sind große Verzögerungen die unausweichliche Folge, wie wir dies leider nur zu oft erfahren haben. Mit Recht kann von einem Handelsvertrage, welcher, so weit es der Schutz der einheimischen Industrie gestattet, den beiderseitigen Staatsangehörigen möglichst freie Handelsbewegung sichern will, erwartet werden, daß er ihnen auch freie Wahl der Speditione beim Grenzübergange sichert. So viel ehrliche Leute besitzt jeder nicht in Verfall gerathene Staat, um die Hauptposten an den Grenzpunkten mit zuverlässigen Beamten besetzen zu können, denen gegenüber er etwaige Besetzungsversuche der Speditione nicht zu fürchten hat. Der eigentliche Schmutz ist für den Verkehr mit Russland nicht mehr von Bedeutung. Für gewöhnlich kann es sich nur darum handeln, durch allerlei Mittel eine gewisse Bevorzugung in der Schnelligkeit und Leichtigkeit der Abfertigung zu erlangen. Höchstens mag ausnahmsweise einmal der Versuch gemacht werden, eine bezollte Waare für eine niedrigere auszugeben und den revidirenden Zollbeamten ein Auge dazu zu drücken zu lassen. Sorgen gewissenhafte und aufmerksame Vorgesetzte dafür, daß solche Versuche an allen Theilhabern streng bestraft werden, so werden sie nicht häufiger vorkommen, als in allen andern Ländern. Die jetzige kaiserliche Regierung, deren humane Reformen auf allen Gebieten des russischen Staatslebens die verdiente Bewunderung der ganzen Welt erregen, wird gewiß nicht durch eine so entchiedene Maßregel des Mißtrauens, wie die Ausschließung der freien Expedition, ihrem ganzen Zollpersonal selbst den Mangel der Unzuverlässigkeit aufdrücken wollen.

Außer dem Zoll-Verfahren und den damit zusammenhängenden Einrichtungen, haben aber noch andere Gegenstände hohe Bedeutung für den internationalen Handel. Dazu gehört vor Allem das Wechselrecht. Die Stimmen sind gar nicht mehr vereinigt, welche ein allgemeines internationales Wechselrecht für alle civilisirten Handelsvölker angebahnt sehen wollen. Was es damit noch weite Wege haben, so dürften verschiedene Eigentümlichkeiten des russischen Wechselrechts wohl zu berücksichtigen sein, die den Ausländer in mehrfachen Beziehungen gefährden. In Russland sind, wenn wir nicht irren, mit Ausnahme der großen Messe von Nischnei-Novgorod, Solawechsel an die Ordre eines Ausländers nicht gültig. Ferner zieht Nichtgebrauch des Wechselstempels oder Anwendung eines zu niedrigen Stempels nicht bloß, wie bei uns, hohe Stempelstrafe nach sich, sondern macht nach dem Allerhöchsten Befehl des Reichsraths vom 18. Juni 1868 den Wechsel uneintragbar. Wechselstempel

Marken giebt es nicht, sondern es müssen gestempelte Blankets benutzt werden. Alles dies bringt den Ausländer häufig in Gefahr vor Verlusten. Die in Deutschland, England und andern Ländern gewährte Freiheit, die Prime eines Wechsels, die nur zum Accepte eingefandt wird, ungestempelt zu lassen, so lange sie noch nicht umläuft, wenn nur die girirte Secunde den richtigen Stempel erhält, dürfte wohl auch in Russland eingeführt werden können. Sehr zu wünschen wäre ferner, daß die russischen Consulate und Agenturen mit angemessenen Vorräthen von gestempelten russischen Wechselblankets versehen würden, so daß der Ausländer bei Trassirungen auf Russland sich ohne große Unbequemlichkeit jederzeit die vorchriftsmäßigen Formulare beschaffen könnte.

Endlich leidet in Russland auch das für die Handelscorrespondenz so wichtige Postwesen trotz der abgeschlossenen Postverträge an gewissen leicht zu hebenden Uebelständen. Ein solcher Uebelstand ist es, daß nicht alle russischen Personen-, Schnell- und Courrierzüge zur Briefbeförderung benutzt werden, sondern nur die sogenannten Postzüge. Die Briefe müssen dort also theilweise sehr zeitig aufgegeben werden und gehen doch oft erst nach verhältnismäßig langer Frist ab. Werthbriefe nach Russland sind, abgesehen von dem zu hohen Werth- und Paket-Porto, den größten Uebelständen unterworfen. Alle Geldsendungen, auch bloße Geldbriefe müssen mit förmlichen Zoll-Declarationen in duplo begleitet sein, welche Betrag und Gattung des zu versendenden Geldes, bei Werthpapieren deren Zahl, Art und Namen genau angeben. An der Grenze werden diese Sendungen eröffnet, amtlich wieder verschlossen, dann am Bestimmungsort zunächst der Zollbehörde und von dieser erst der Postexpedition überliefert. So erfordert die Beförderung eines Geldbriefes meist doppelt so viel Zeit, als die eines gewöhnlichen Briefes. Auch hierin dürften sich gewisse Erleichterungen bei der russischen Regierung anwirken lassen. Bei Waaren-Versendungen gegen Nachnahme, welche zwar weniger den Post- als den Eisenbahnverkehr betreffen, haben wir ebenfalls oft über das russische Verfahren zu klagen, namentlich über die Langsamkeit, mit der die Auszahlung an den Absender erfolgt. Große Befestellungen werden oft bei uns von russischen Kaufleuten gemacht, die hier zu unbekannt sind, um ihnen die Waare in ihrer Heimat ohne Bezahlung ausliefern zu lassen. Aber wenn auch sofort ihrerseits Zahlung erfolgt, dauert es oft noch Wochen, ja Monate, ehe der hiesige Absender der Waaren das Geld empfängt.

Ob alle diese in der Denkschrift angeregten Punkte sich zur Aufnahme in einen Handels- und Schiffahrtsvertrag eignen, läßt das Vorsteheramt der Königsberger Kaufmannschaft dahin gestellt sein. Wohl aber können sie zum Gegenstande vertraulicher Erörterungen gemacht werden. Die erleuchteten reformatorischen Bestrebungen des gegenwärtigen Kaiser, russischen Gouvernements geben für eine befriedigende Lösung derselben Hoffnungen, wie man sie früher kaum hegen durfte.

Jedenfalls ist es sehr anerkennenswerth, daß das Vorsteher-Amt der Königsberger Kaufmannschaft dem Wunsche des Herrn Reichskanzlers, Material für die Verhandlungen mit Russland beizubringen, entsprochen hat und man kann bei der großen Wichtigkeit, welche die Sache für unsere östlichen Provinzen hat, mit dem Vorsteher-Amt nur wünschen, daß das Material noch erweitert und vervollständigt werde.

Danzig, den 11. September.

Der „Kreuzzeitung“ grault vor unserer neuen Gesetzgebung, die so vieles schöne und ehrbare Alte mit fortgeschwemmt. Wie vor Kurzem das Cultusdepartement, so denuncirt sie heute das Justizdepartement, daß in demselben vor dem zu großen Ueberwiegen der Gesetzgebungsarbeit die Thätigkeit der Justizverwaltung zu sehr zurücktrete. Die Erstere habe die Kräfte so sehr abgelenkt, daß die Letztere ins Stocken gerathen sei. Höhere und niedrigere Stellen — so klagt sie — klieben Monate lang oder noch länger unbesetzt; die unteren Gerichte wären genöthigt, die vorhandenen Vacanzen etatsmäßig Stellen mit den übrigen Kräften zu übertragen, ohne Stellvertreter zu erhalten und ohne die Befehle der offenen Stellen erreichen zu können. Die Charakter-Erhörungen, die sonst zu Anfang des Jahres herauskamen, erfolgten dieses Jahr in Betreff der richterlichen Beamten erst im Juli; für die Subaltern-Beamten wären sie bis jetzt noch nicht erschienen. Die gerügten Uebelstände mögen wohl zum größten Theil vorhanden sein, die „Kre.-Ztg.“ verschweigt aber die mancherlei anderen Ursachen und sucht diese da, wo sie dieselbe haben will.

In Betreff der bevorstehenden Wahlen, namentlich der Reichstagswahlen, waren Befürchtungen laut geworden, daß die Socialdemokraten bei denselben an Feld gewinnen würden, und daß es ihnen gelingen dürfte, für mehrere ihrer Parteiführer resp. Agitatoren Mandate zu erlangen. Nicht ganz so rosig scheinen jedoch die Socialdemokraten selbst in die Zukunft zu blicken, denn Herr Hasenclever, der gegenwärtige Präsident des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, erklärt in der neuesten Nummer des „Neuen Social-Demokrat“ einen Aufruf an die Parteigenossen, in welchem er dieselben zu erhöhter Thätigkeit für die Ausbreitung und Befestigung der Partei auffordert. Dies sei viel wichtiger als die Wahlfrage selbst, namentlich gegenüber den Anstrengungen des äußersten Linken und des äußersten rechten Flügels der „feindlichen Heereslinie“. Der äußerste linke Flügel, die „eheliche“ Eisenacher Volkspartei (Bebel, Liebknecht) kämpfe mit einer Geschäftigkeit sonder Gleichen gegen die Lassalleaner und sehe lieber einen Reactionär, einen Capitalanbeter oder einen Ultramontanen im deutschen Reichstage, als einen Lassalleaner. Die „rothe“ Reaction aber und die Regierungen Deutschlands überließen sich in Verfolgungen und suchten durch allerlei Maßregeln die Kraft der Lassalleaner zu schwächen. So habe man die Mitglieder des Präsidiums und den Kassirer des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Unterstützungs-Vereins, einer rein gewerkschaftlichen Verbindung, mit einem Strafresoluto von je 10 R. 20 S. belegt, weil von einzelnen Mitgliedschaften die Mitgliedslisten nicht bei dem Polizei-Präsidium zu Berlin eingereicht sind. Man werde dagegen Verwahrung einlegen, aber eins müßten die Parteigenossen thun, sie müßten für die größte Verbreitung des Parteiprogramms, das schon gegen 12,000 Abonnenten zähle, und für eine noch weit größere Ausdehnung des „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins“, der über 20,000 Mitglieder zähle, Sorge tragen, dann werde bei den künftigen Reichstagswahlen die Partei den Feinden den Sieg abringen können, und wenn auch der nächste Sieg noch keine gewonnene Schlacht sei, so werde das erste gewonnene Gefecht doch so ermunternd auf die Kämpferschaar der Partei

J. Lamarmora's Enthüllungen. II.

Bald nach seiner unfruchtbaren Werbung nach Preußen wurde Lamarmora Gouverneur des ehemaligen Königreichs Neapel, welche Stellung er inne hatte, bis er nach dem Abschlusse der September-Convention und dem Aufstand in Turin im September 1864 an die Spitze des Ministeriums trat. Durch jene Convention war Italien vorläufig der Weg nach Rom versperrt. Um sich in den mancherlei inneren Verdrängnissen Luft zu machen, mußte es vor Allem auf die Erwerbung Venetiens bedacht sein. Zunächst richtete man natürlich den Blick um Hilfe nach Paris; denn ohne die Zustimmung Frankreichs etwas Entschlossenes zu unternehmen, war für die Staatsmänner vom Schlage Lamarmora's geradezu unthunlich. Zwar wollten einige kluge Leute prophezeien, daß aus der Erbfeindschaft des schlechtholsteinschen Krieges ein Zusammenprall zwischen Oesterreich und Preußen hervorgehen müsse, und sie hielten es deshalb für möglich, daß Italien sich als Preußens Bundesgenosse Venetien erwerben könne; aber der Ministerpräsident glaubte den Worten seines Gesandten, des Grafen de Launay, welcher berichtete, daß Bismarck sich nicht mit kühnen Plänen trage und an eine Allianz mit Italien nicht denke.

Der eble General fiel nun darauf, daß es viel einfacher und leichter sei, Venetien von Oesterreich für gutes Geld zu kaufen, als sich den Eventualitäten eines Krieges auszuweisen. Er schickte also einen Unterhändler nach Wien, den er geheimnissvoll Conte M. nennt, man weiß aber schon aus früheren Publicationen, daß es der modenische Graf Malaguzzi war. Dieser war ermächtigt, Oesterreich für die Provinz eine Milliarde anzubieten, 500 Millionen Lire als Antheil der gemeinsamen Schuld und eben so viel als Indemnität. Auch auf Südtirol hatte Lamarmora Appetit, und weil dies zum deutschen Bundesgenosse Venetien erwerben könne; aber der Ministerpräsident glaubte den Worten seines Gesandten, des Grafen de Launay, welcher berichtete, daß Bismarck sich nicht mit kühnen Plänen trage und an eine Allianz mit Italien nicht denke.

Nebensart Zwiespalt zwischen Oesterreich und Deutschland läßt sich, so ist sie jedenfalls sehr ungeschickt. Oesterreich wies die Milliarde und den mit Ländern handelnden Conte zurück, darum mußte Lamarmora wieder die Eventualität eines Krieges ins Auge fassen. Er that's ungern, weil lieber hätte er Oesterreich beweisen mögen, wie klug eine Abtretung Venetiens wäre, da dasselbe bei einem Conflict mit Preußen doch an Italien fallen müßte. Doch hielt er ein Bündniß mit Preußen für erlaubt, weil er bei einem Besuch im Lager von Chalons gesehen hatte, daß Kaiser Napoleon, Lamarmora's Vormund und Vorsehung, von einer Suite von preussischen Offizieren umgeben war, unter ihnen Kriegsminister Roon, die mit ihm die ausgefeiltesten Artigkeiten auswechselten. Seit der Entrevue von Biarritz hielt Lamarmora ein geheimes Einverständniß zwischen Napoleon und Bismarck für gewiß. Da machte letzterer plötzlich den Vorschlag, einen Handelsvertrag zwischen Italien und dem Zollverein abzuschließen, um die Bevölkerung der beiden Länder für einander zu gewinnen. Der Abschluß dieses Vertrages erfolgte im März 1866, und noch vor dessen Ratification forderte Bismarck das Florentiner Cabinet auf, einen Bevollmächtigten zur Anbahnung einer Allianz nach Berlin zu schicken. Lamarmora wählte dazu den General Govone, der am 9. März Florenz verließ und am 14. März die erste Conferenz mit dem preussischen Ministerpräsidenten hatte.

Die Verhandlungen dauerten von diesem Termine bis zum 8. April, und sie sind von großem Interesse, weil wir wohl nirgend einen so tiefen Blick in die Intriguen und Machinationen der Diplomatie bekommen, wie hier, wo uns das Meiste noch dazu mit amtlichen und vertraulichen Actenstücken belegt wird. Beide Parteien sind vom tiefsten Mißtrauen gegen einander erfüllt. Der deutsche Staatsmann muß sich vor bedenken, mit denen er sich allüren will, in Acht nehmen, weil er weiß, daß diese sich in der größten Abhängigkeit von Frankreich fühlen, daß sie nichts Wichtiges unternehmen, ohne sich die Genehmigung Napoleons

einzuholen. Er weiß, daß Lamarmora keineswegs von der Nothwendigkeit eines Krieges überzeugt ist, daß er noch im letzten Monate eine Intrigue ansteltete, um Oesterreich die Donaufürstenthümer als Ersatz für Venetien zu bieten. Bismarck ist von der Nothwendigkeit des Krieges mit Oesterreich überzeugt, aber er steht ziemlich allein da. Fast die gesamte preussische Diplomatie arbeitet gegen ihn, der König ist von ganzem Herzen einem jeden und besonders einem Kriege mit Oesterreich abgeneigt, er will nur das Schwert ziehen, wenn er muß, wenn es sich klar herausstellt, daß Oesterreich Preußen wiederum im Jahre 1850 demüthigen will. Der ganze Hof arbeitet gegen Bismarck und steht in dem italienischen Gesandten, der Preußens Allianz in einem Kriege gegen Oesterreich sucht, den Götze des Bösen. Wie der preussische Ministerpräsident keine Unterstützung nach oben findet, so kann er sie ebensowenig im Volke finden; denn noch ist der Conflict nicht beigelegt, man weiß gar nicht, was Bismarck eigentlich will. Dazu fehlt es an einem greifbaren casus belli, noch ist die schleswig-holsteinische Frage äußerlich nicht so zugespitzt, daß der Krieg als geboten erscheinen müßte. Bismarck holt darum die Frage der Bundesreform mit einem aus allgemeinen, directen Wahlen hervorgehenden Parlamente hervor, um wenigstens eine große nationale Frage zu schaffen, um das deutsche Volk zu gewinnen. Wir übersehen hier nur einen Theil der Schwierigkeiten, welche der damalige preussische Ministerpräsident zu bewältigen hatte, aber wir sehen, daß dies eine Riesenaufgabe gewesen sein muß. Da können wir uns wohl denken, daß er unwillig wird, daß er bald über seine Diplomaten loszieht, über Bismarck, Gold und Uebdom, bald über den italienischen Gesandten Barral gegen Govone, über Govone bei Barral und über Beide wieder bei Anderen. Und dem Italiener Govone ist es nicht zu verdenken, wenn er solche Art für selbstan und Bismarck für einen tollen Diplomaten (diplomatico maniac) erklärt. Lamarmora wird bei den Verhandlungen Angst, Napoleon hat sich in letzter Zeit zurückgehalten

ausgesprochen, und ohne ihn kann er doch Nichts thun. Er schickt in dem Grafen Arce einen Specialgesandten nach Paris und ist erst für die Unterzeichnung des Vertrages, als Napoleon denselben für „unmöglich“ erklärt. So wird denn am 8. April der bekannte Vertrag unterzeichnet, der eine Offensiv- und Defensivallianz zwischen Preußen und Italien für den Fall enthält, daß der Krieg innerhalb dreier Monate, also bis zum 8. Juli ausbräche.

Nun beginnen die bekannten Komödien, einander die Schuld an dem unvermeidlichen Kriege in die Schuhe zu schieben. Oesterreich, Preußen und Italien treffen ihre militärischen Vorbereitungen, eine Partei wirft der andern Rüstungen vor, und Jeder erklärt, er selbst habe noch nicht im Entferntesten an Rüstungen gedacht, aber wohl sein Gegner. Als die Rüstungen schließlichen offen zu Tage liegen, da beginnen die Propositionen zu gleichzeitiger Abrüstung und die vergeblichen Vermittelungsversuche Bayerns und Englands. Napoleon hatte hinter den Coulissen die ganze Geschichte allein einzufäden geglaubt, er hoffte sie auch weiter in der Hand behalten zu können, um zu gelegener Zeit einzugreifen und das Fetz abzupacken zu können. Doch schon bald begannen die Fäden seinen Händen zu entgleiten. Italien ging ihm zu schnell vor, es sollte nicht rüsten, es sollte sich von Oesterreich angreifen lassen, um dieses vor der Welt ins Unrecht zu versetzen. Der Kaiser warnt befähigt vor Ueberstürzung und sagt schließlich ärgerlich: „Es ist nicht der Wähe werth, von mir Rath zu holen, man thut ja doch das Gegentheil von dem, was ich gerathen habe.“ Anfangs Mai erbetet sich Oesterreich, an Napoleon Venetien abzutreten unter der Bedingung, sich an Preußen schloß halten zu dürfen. Da erklärt es Lamarmora denn doch für eine Ehren- und Localitätsfrage, sich von dem Vertrage mit Preußen nicht loszusagen, und er führt dem Kaiser zu Gemüthe, daß auf seinen Rath der Vertrag mit Preußen abgeschlossen sei. Nun kommt Napoleon wieder seine fixe Idee, er inscenirt die Congreß-Komödie.

wirken, daß sie dann später von Siegen zu Siegen eilen werde. Die Feinde seien zwar übermächtig, aber ihr Geschrei, Geschimpfe und wüthendes Gebahren könne nur Kinder erschrecken. „Sagen wir gleich dem Spartaner Leonidas — so schläft dieser Aufbruch — der die Nachricht erhielt, daß die Feinde so zahlreich seien, daß ihre abgeschossenen Pfeile die Sonne verdeckten: Gut, so können wir im Schatten kämpfen!“ — Man sieht, Herr Hasekleevers ist nicht so vertrauensselig und hält es für nothwendig, seine Mitglieber zu größerer Thätigkeit wachzurufen.

Ueber die Schlußfassung der Konferenz zur Vertheilung der ländlichen Arbeiterverhältnisse, welche, wie wir schon früher melden konnten, vorgehen in dem landwirtschaftlichen Ministerium stattfand, meldet die „Prov.-Corr.“, daß die Ergebnisse dieser Verhandlungen in einer Denkschrift niedergelegt sind, welche die in der Konferenz erörterten Vorschläge, unter Darlegung der dabei entwickelten Gesichtspunkte zusammenstellt und zur Vorlage an das Staatsministerium bestimmt ist. Auch die Anträge auf Revision der Gesetzgebung über die Gründung neuer Anstalten, dem officiellen Blatte zufolge, in der Schlußfassung zur Erwägung. Wir können nach anderweitigen Quellen diese im Allgemeinen von uns schon früher gemeldeten Mittheilungen noch dahin ergänzen, daß die Mitglieder der Konferenz sich im Großen und Ganzen für die Annahme der beiden zur Vorlage gelangten Gesetzentwürfe über die Anlage ländlicher Anstalten und über die Regelung des Auswanderungswesens ausgesprochen haben. Seitens des Ministeriums für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten wird nunmehr durch den Geheimen Rath Marcard ein Bericht über diese Verhandlungen für das Ministerium ausgearbeitet werden und dieser mit den beiden Gesetzentwürfen an das Staatsministerium gelangen, um dort zur weiteren Beschlußnahme resp. zur Vorberathung an den König und zur definitiven legislativischen Regelung der Angelegenheit zu gelangen.

Die dieswöchentliche „Prov.-Corr.“ sagt den Franzosen in dem Artikel, von dem wir bereits heute früh einen telegraphischen Auszug brachten, schöne und beherzigenswerthe Worte. Der bemerkenswerthe verßöhnliche Schlußsatz lautet im Wortlaut: „Frankreich wird nunmehr wieder sich selbst überlassen sein; Deutschland wird nach Lösung aller Verpflichtungen seitens Frankreichs und nach dem Abzuge der letzten Truppen von Verbund keine anderen Beziehungen mehr zu dem großen Nachbarstaate haben, als zu irgend einem anderen Lande. Wir werden der Entwicklung der inneren Verhältnisse Frankreichs durch alle Beschäftigungen mit voller Ruhe und Unbefangenheit folgen können. Je stärker und zuverlässiger die thatsächlichen Bürgschaften sind, welche für die Sicherheit des deutschen Reiches in seiner jetzigen Ausdehnung gewonnen worden, desto aufrichtiger sind unsere Wünsche, daß Frankreich zu einer inneren Neugestaltung gelangen möge, welche dem Lande „eine Aera wahrhafter Ordnung und Freiheit“ bringe und zugleich den Weltfrieden fördern und befestigen helfe.“ Es ist schön, daß unsere Regierung solche ideale Wünsche hegt, aber wir sind sicher, daß sie von jenseits des Rheins nicht erwidert werden. Nach der Art und Weise, wie noch unsere letzten in den occupirten Landestheilen stehenden Truppen behandelt werden, könnte man fast die vielen Rücksichten, welche unsere Regierung genommen, bedauern. Der Pariser „Soc.“ hat einen besonderen Correspondenten nach Verbund geschickt. Dieser schreibt von dort: „Die Verbundner haben das Fieber und Brennen vor Ungeduld. Schon jetzt bricht die Freude wegen der nahen Befreiung durch; die Händler machen ihre Ausstellungen der Art, daß überall die Nationalfarben zum Vorschein kommen. Die Preußen thun, als wenn sie es nicht bemerken, aber es reizt sie furchtbar. In Nancy waren sie weniger nachsichtig und die Polizei verbot diese angeblich belästigenden Ausstellungen. Hier hielt man es für besser, darüber hinwegzusehen, da sie sich doch auf andere Weise kundgegeben hätten. Die Haltung der Bevölkerung ist wirklich im höchsten Grade belästigend für die Sieger. Man weicht ihnen auf 20 Schritte aus; man geht auf das linke Trottoir, wenn sie auf dem rechten gehen. Die Cafés, in denen sie erscheinen, leeren sich in einem Nu. Die Tables d'hôte, wo sie dinniren, empfangen sie erst um 2 Uhr, wenn alle anderen Gäste bereits vom Tisch aufgestanden sind. Im Hotel, wo ich abgestiegen bin, spielen ihnen die Wägen alle möglichen Streiche. Aber kein Deutscher läßt sich wiedervergeltung aus. Man muß ihrer Mäßigkeit Gerechtigkeit widerfahren lassen und anerkennen, daß alle diese „Gaminieren“ in einer Stadt nicht am Plage sind, wo man ein Erzeugniß vorfindet. Verbund hat sich heroisch vertheidigt. Die deutschen Offiziere scheinen diesem Rechnung zu tragen, und ihre Occupation war hier milder als irgendwo. Es war natürlich, daß man mit ihnen nicht umging, aber der Aufwand erforderte, daß die Grenzen der Gleichgültigkeit nicht über die der Insulte hinausgeschoben wurden.“

Die heute früh von uns reproducirte Mittheilung des „Temps“, daß die französische Regierung die Restauration für unmöglich halte und die Verlängerung der Amtsdauer des Präsidenten Mac Mahon auf 5 Jahre beantragen wolle, tritt sehr bestimmt auf. Man glaubt in Paris, daß sie aus der Umgebung des Herzogs von Amale komme und legt ihr deshalb eine große Wichtigkeit bei. Es scheint, als ob Graf Chambord sich zu sehr haßstarrig gezeigt habe. Auch unverdächtige Legitimisten erheben ihre Stimme, um ihn von seinen absolutistischen Schranken abzubringen. So hat ein Marquis in diesen Tagen in einer Rede hervorgehoben, daß die Monarchie Heinrich V. eine constitutionelle sein, daß sie nicht an das ancien régime, sondern an die ersten Kämpfe der Regierung Ludwig XVIII. anknüpfen müsse. Die Nachricht des „Temps“ kann darum eine an den Grafen v. Chambord gerichtete Warnung und Ermahnung sein. An den Ultramontanen ist noch nicht zu denken, daß sie eine Wendung zu ihren Ungunsten fürchten, das geht aus den Aufreizungen des Erzbischofs von Paris gegen Deutschland und Italien hervor. Die „Rep.-fr.“, das Organ Gambettas, schreibt darüber: „Der Hirtbrief ist keine fromme Ansprache an die Gläubigen; er ist ein politisches Manifest, ein wahrer Journal-Artikel, in dem er seinem Born freien Lauf läßt. Mit der ganzen Autorität, die er besitzt und die er selbst übertrieben hat, denn es wäre nicht schwer, darzutun, daß er die Gesetze verstoße, indem er aus den Schranken seines heiligen Standes heraustrat, hat der erste Hirt der wichtigsten Diöcese von Frankreich ein wahres Requisitionsschreiben voll

Schmähungen und gewaltthätiger Drohungen gegen eine befreundete Macht erlassen, welche alles Recht haben würde, von der Regierung, mit welcher sie gute Beziehungen unterhält, mehr Rücksichten und Schutz gegen solche Ausschreitungen zu verlangen. Der Erzbischof von Paris war, absichtlich oder nicht, vollständig unklug. Sich mit seinem bischöflichen Recht bewaffnend, schrieb er alles, was ihm unter die Feder kam; diese nennt man im Kirchenhül „die apostolische Freiheit“. Was diese Freiheit betrifft, so läuft sie Gefahr, in die Hölle der Falschheit zu verfallen: Alles ist dem erlaubt, der von Religion, dem Glauben, dem ewigen Heil von der Kanzel herab spricht. Man darf das Schlimmste in einer Zeit befürchten, wo die Gemüther so erregt sind, daß ihnen nichts zu theuer ist, um ihrer Leidenschaft freien Lauf zu lassen. Man spricht von den Gewaltthätigkeiten in den unteren Schichten, was soll man zu den Gewaltthätigkeiten in den höchsten Klassen sagen? Welche sind die wüthendsten, die ungedulbigsten, die furchtbarsten? Arme Gläubigen! Man verlangt von Euch Gebete für den „gefangenen“ Papst. Betet eher für Eure Hirten, Eure Führer, Eure Herren, welche vom Geiste des Schwindels und Wahns verblendet wurden! Quis custodiet ipsos?“

Deutschland.

△ Berlin, 10. September. Gegen Ende dieses Monats oder Anfang des nächsten wird noch eine Konferenz von Seiten des Vereins deutscher Eisenbahnen stattfinden, welche sich gleichfalls mit dem vielermähnten Eisenbahn-Betriebsreglement beschäftigen wird. Die jetzt im Reichsanlagenamt schwebenden Verhandlungen gelten gewissermaßen als Vorbereitung für jene spätere Konferenz des Eisenbahnvereins. Auch aus dem preussischen Handelsministerium liegt eine Reihe von Vorschlägen über die Abänderung des Betriebsreglements zur Veranlassung für beide Konferenzen bereit. Alle diese Arbeiten bilden überhaupt nur ein Prolegomenon für die sehr umfassenden Reformen, welche auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens nach allen Richtungen hin angestrebt werden und sich in etwa Jahresfrist vollziehen sollen. — Der Handelsminister Dr. Hagenbach gebeknt sich in nächster Zeit zum Besuch der Weltausstellung nach Wien zu begeben. — Die Arbeiten der Centralstelle für die freiwillige Krankenpflege sind noch immer nicht abgewickelt. Dieselben bestehen z. B. allerdings nur noch in der Vermittelung bei Verleihung der Denkmünzen, deren noch 15,000 zu gewähren sind. Die Meldungen um Verleihung der Denkmünze werden bis zum 1. October d. J. abgeschlossen. Von den beträchtlichen Hilfgeldern, welche in England für die Krankenpflege im letzten Kriege gesammelt sind, ist eine nicht unansehnliche Summe noch disponibel, welche von dem Bankhaus v. Bleichröder verwaltet wird. Aus diesen Beständen werden dauernd Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen, sowie verwundeten Soldaten Unterstüzungen gewährt. — Wie man hört, werden in der Zeit der Anwesenheit des Königs von Italien am hiesigen Hofe mehrere deutsche Fürsten nach Berlin kommen, um an den Festlichkeiten zu Ehren des italienischen Kaisers Theil zu nehmen.

— Der erste Rath im Justizministerium Dr. Friedberg ist nach dem Tode des Unterstaats-Secretärs de Rege sofort von seiner Urlaubsreise zurückgekehrt, um denselben zu vertreten. Es konnte von vornherein nicht daran gezweifelt werden, daß er nicht nur der Anciennetät, sondern auch der Befähigung nach zum Nachfolger des Hrn. de Rege passe, aber es fragte sich, ob er bei seiner vielfachen Beanspruchung im Bundesrathe auf dem Gebiete der deutschen Gesetzgebung die Stelle eines Unterstaats-Secretärs würde annehmen können. Diese Frage ist nun gelöst. Hr. Dr. Friedberg nimmt, der „Schl. Btg.“ zufolge, die Stelle an und wird auch in seinen übrigen Stellen fortkommen. Mit Rücksicht auf seine umfassenden Arbeiten wird eine zweite Directorstelle im Justizministerium geschaffen werden, auf die ein Theil seines Repertoires übergeben soll.

— Der Oberpräsident v. Horn, der augenblicklich hier weilt, hatte in den letzten Tagen mehrfache Besprechungen in verschiedenen Ministerien.

— Auch die Stadt Orlitz beabsichtigt eine Anleihe bei dem Reichsinvalidenfonds zu machen, da außer der Anlage der Wasserleitung noch eine Anzahl größerer Bauten Ausgaben verurursachen, die nicht durch den laufenden Etat gedeckt werden können.

— Wie der „B.-u.-H.-B.“ aus München berichtet, gemeldet wird, hat nicht Fürst Bismarck, sondern Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen die Herrschaft Hohenhausen käuflich erworben.

— An den 74 hiesigen Gemeindefchulen (incl. der 6 katholischen) sind gegenwärtig außer den 74 Hauptlehrern 650 Lehrer angestellt. Die Zahl der weiblichen Lehrkräfte beträgt 457.

— Der König von Italien hat, wie die „A. A.“ vernimmt, die Absicht auf der Rückreise von Berlin über München und den Brenner zu reisen.

— Gegen die Cholera scheinen die Provinzialbehörden hier und da mit einer sehr bemerkenswerthen Energie vorzugehen. Das in Landsberg a. d. W. einer Stadt von ca. 17,000 Einwohnern, erscheinende „Neumärkische Wochenblatt“ enthält Folgendes: „Weil die Desinfection und Reinigung der Rinnsteine nicht mit 6 Feuerhühen durch approbirtes Seilbener und Arbeitsleute, mit einem städtischen Kostenaufwand von 150 T. täglich, vollzogen worden, hat der hiesige Königl. Landrath — wie es heißt, im Auftrage der Regierung — den Magistrat in voriger Woche mit 5 T. und am zweiten Tage mit 20 T. Strafe belegt und unter Androhung von Erhöhung derselben die sofortige Befolgung der Vorschrift — ohne Weiterrede — befohlen. Der Magistrat hat sich bei der Regierung hierüber beschwert und die Desinfection der Stadt in der Weise fortzusetzen beschloffen, wie sie unseren städtischen Verhältnissen angemessen begonnen worden ist, und die Verpflichtung zur Reinigung der Rinnsteine den Hausbesitzern für 6 Uhr jeden Abends polizeilich auferlegt.“

Posen, 10. Sept. Der Geistliche Krugla, der jetzt bekanntlich widerrechtlich in Kröben als Vicar amtiert, ist vom Kreisgerichte in Kröben auf Requisition des Kreisgerichtes in Schönlank gefänglich eingezogen worden, um eine zweimonatliche und eine lebenswöchentliche Strafe zu verbüßen, zu der er wegen Verbreitung der Holländischen Bücher und wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt ist. Das Kreisgericht in Schönlank hat die Herausgabe der incriminirten Bücher angeordnet, die Staatsanwaltschaft aber hiergegen appellirt, wurde jedoch mit der Appellation zurückgewiesen.

Posen, 9. Septbr. Bei der heute hier abge-

haltenen Kirchensynode wurden dem Erzbischof Grafen Ledochowski die katholischen Schulkinder von den Lehrern nicht vorgeführt, weil die Regierung dies durch eine vor einigen Tagen erlassene Verfügung verboten hat. Nur auf Veranlassung der Eltern hatte sich eine kleine Anzahl von Schulkindern in der Kirche eingefunden, die vom Erzbischof in der Religion geprüft und zu treuem Festhalten an der katholischen Kirche ermahnt wurden. — In dem hiesigen aufgehobenen Kloster der Frauen vom Herzen Jesu weilt noch ein Drittel seiner früheren Insassen, die allmählich bis zum 1. October d. J. das Kloster räumen werden. (Schl.-B.)

— Der Seminar- und Religionslehrer Schröter in Posen ist bekanntlich wegen der Unterzeichnung der Localitätsadresse der staatsgetreuen Katholiken vom Erzbischof Grafen Ledochowski zur Verantwortung gezogen und mit der großen Excommunication bedroht worden. Wie nun der „Schl. Btg.“ aus Posen geschrieben wird, hat Hr. Schröter eine Bertheiligungsschrift an den Erzbischof eingereicht, worin er nachweist, daß in der Localitätsadresse der staatsgetreuen Katholiken das katholische Dogma vollständig gewahrt sei, daß er durch Unterzeichnung dieser Adresse die Treue gegen die katholische Kirche nicht im Geringsten verlegt habe, die bestimmte Erklärung abgibt, daß er seine Unterschrift nicht zurücknehmen könne und werde.“

In Magdeburg ist, wie die „Magd. Btg.“ mittheilt, in den letzten Kreisen die Frage in Erwägung genommen, ob es nicht zweckmäßig sein dürfte, die Schulen zu schließen. Man hat sich dem Vernehmen nach für den Schluß erklärt, und es sollen an der höheren Mädchenschule, den Bürger- und Volksschulen schon am nächsten Sonnabend die Ferien beginnen. — Uebrigens nimmt die Cholera in Magdeburg erheblich ab.

Würzburg, 10. Sept. Der Kronprinz des deutschen Reichs ist um 12½ Uhr hier eingetroffen. Sofort nach seiner Ankunft besuchte er das Grab des Generals Hartmann, verweilte längere Zeit an demselben und legte einen Lorbeerzweig daselbst nieder. Die Inspection nahm drei Stunden in Anspruch. Nach Beendigung der Exercitien, die zur stichtlichen Befriedigung des Kronprinzen anstehen, fuhr derselbe um 5½ Uhr weiter. (W. T.)

Frankreich. Paris, 8. Sept. Bisher war es nur den Militärs verboten, für die Journale zu arbeiten; der Unterrichtsminister Batbie will dies jetzt auch den Professoren der Universität verbieten. Zum wenigsten enthält das ultramontane „Univers“ heute folgende Note: „Man entsetzte auf dem Unterrichtsministerium vor einiger Zeit eine ernste Thatsache, wegen welcher Hr. Batbie eine Untersuchung eingeleitet hat. Eine große Anzahl von Professoren der Universität hatte sich zu Redactionen an republikanischen Provinzialblättern gemacht. Von diesem Zuwiderhandeln gegen die Universitätsdisciplin in Kenntniß gesetzt, forderte der neue Minister die Professoren sofort auf, die Redactionen der Blätter zu verlassen, wo sie unter der Protection seines Vorgängers Republicanismus trieben. Mehrere zogen es vor, bei den Zeitungen zu bleiben. In dem Maße, als die Untersuchung dieser Angelegenheit fortgeschritten, nimmt sie größere Verhältnisse an, welche dem Ministerium einige Verlegenheit bereitet.“ — Der „Midi“ berichtet: Am letzten Donnerstag erschien ein Polizeicommissar im Café Rolhac in Nîmes und ertheilte den Befehl, die Fahne zu entfernen, die an einem Fenster des ersten Stockes wehte. Hr. Rolhac erklärte, die Fahne gehöre dem Cercle de l'Ordre par la liberte und er könne sie folglich nicht ohne die Einwilligung der gerade abwesenden Mitglieder entfernen. Darüber ging der Polizei-Commissar fort, kam aber am Sonnabend mit der folgenden Verordnung wieder: „Art. 1. Das Café Rolhac, Straße Platine belegen, ist für einen Monat geschlossen. Art. 2. Der Maire von Nîmes ist mit der Durchführung dieser Verordnung betraut.“ Kein Eingang giebt die Motive an, welche diese Maßregel bestimmten. — Der Präfekt des Aude-Departements löste den Cercle republicain von Nîmes auf, weil er aufgeführt habe, sich nach seinen Statuten zu richten und ein Ort für politische Versammlungen geworden sei.“

Spanien. Madrid, 9. Sept. In der heutigen Sitzung der Cortes legte der Ministerpräsident Castelar den Gesetzentwurf vor, welcher die Regierung zu Ausnahmemaßregeln für die von den Carlisten bedrohten oder besetzten Provinzen ermächtigt. Namentlich soll die ganze Reserve zu den Waffen eingezogen und eine Kriegsanleihe von 100 Millionen Pesetas aufgenommen werden. Eine Geldstrafe von 5000 Pesetas wird denjenigen reservirten Leuten angedroht, die sich nicht stellen würden, mit Vorbehalt gerichtlicher Verfolgung und eventueller Auslieferung, falls sie ins Ausland gegangen. Die Cortes erkannten die Dringlichkeit des Gesetzentwurfes mit Einstimmigkeit der anwesenden 155 Mitglieder an und setzten denselben zur Verathung auf die morgende Tagesordnung. — Mehr als 30,000 junge Leute haben sich schon gestellt. — Heute wurden in Madrid mehrere Hausfuchungen und Verhaftungen vorgenommen in Folge der Entdeckung einer Verschwörung zur Bildung einer Carlismabande. In der Umgegend von Madrid herrscht die vollkommenste Ruhe.

Italien. Rom, 6. Sept. Die Ausführung des die religiösen Körperschaften betreffenden Gesetzes geht so in aller Ruhe und Ordnung vorwärts. Es fehlt natürlich an obligaten Protesten nicht, aber die Commission bekümmert sich nicht darum. — In vielen deutschen Familien und Privatreisen wurde der 2. September als Festtag gefeiert, aber in Neapel wurde er vom deutschen Verein besonders feierlich begangen. Nachdem man sich in S. Lucia versammelt hatte, fuhr man in sieben mit deutschen Fahnen geschmückten Barren nach dem Friso, banketirte auf der mit Blumen und Fahnen reich geschmückten Terrasse bis 10 Uhr unter deutschen Reden und Gesängen und fuhr hernach in den illuminirten Barren mit Musikbegleitung zurück.

England. London, 8. Sept. Leider scheint in London ein neuer allgemeiner Streik der Bauhandwerker bevorzustehen. Eine Versammlung jener Arbeiter, welche am Sonnabend Abend auf dem Trafalgar-square zusammenkamen, sprach sich sehr entschieden für den Streik aus, um dadurch den geforderten Lohnaufschlag (der den Minimallohn auf sechs Pence die Stunde bringen soll) zu erzwingen. Die einzige Frage, über welche ein Zweifel zulässig schien, betraf den Zeitpunkt des Streikes. Die starke Widerheit sprach sich zu Gunsten sofortiger Arbeits-ein-

lung aus. Die Mehrheit drang jedoch mit einem Antrag durch, den Kampf um eine Woche hinauszu-schieben. Geben jedoch die Meister bis nächsten Sonnabend nicht nach, so haben wir einen neuen Ausbruch mit allen seinen Uebeln zu gewärtigen.

Eine Volksversammlung, wie Irland sie seit den Tagen O'Connell's nicht in gleicher Riesengröße mehr gesehen, fand am Sonntag in Dublin statt, mit dem Zwecke, von der Regierung die Freilassung der noch in Gefangenschaft gehaltenen Fenier zu verlangen. Auf mehr als 100,000 schätzte man die Zahl der Theilnehmer. Fast alle Gewerksvereine und Gilden, so wie viele andere Körperschaften hatten sich eingefunden, die meisten mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiel; an Abzeichen, Schärpen und besonders an Inschriften mit dem Worte „Amnestie“ in allen Variationen war kein Mangel, aber trotz der zahlreichen Theilnahme kam fast keine einzige Ruhestörung vor und die Polizei fand keine Veranlassung, aus ihrer Zurückgezogenheit in der Nähe des Versammlungsortes hervorzutreten.

Ägypten. Das „Giornale delle Colonie“ meldet in einem Schreiben von Athen, 22. August, daß der Rhedee einen Dampfer mit 500 Soldaten entfesselt habe, um die ägyptischen Grenzen bis zur Berberei aus-zudehnen. Weitere Truppen werden demnächst zu demselben Zwecke abgehen. Nach demselben Journale hat der neue türkische Gouverneur in Yemen den Aufstand vollständig unterdrückt und die Aufhebung der Sklaverei in Hodeida proclamirt.

Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung. Rom, 10. September. Auf Befehl des Königlich-procurators sind die römischen Zeitungen, welche den Hirtensbrief des Erzbischofs von Paris veröffentlichten, mit Beschlag belegt worden, weil derselbe Drohungen gegen die gegenwärtige Ordnung der Dinge in Italien enthält.

Paris, 10. Sept. Mehrere Journale bringen ebenfalls die Mittheilung des „Temps“ über die Verlängerung der Amtsdauer des Präsidenten Mac Mahon, die heute vom „Temps“ selbst mit dem Hinzufügen aufrecht erhalten wird, daß Mac Mahon mit der Verlängerung der Amtsdauer einverstanden sei. Die „Agence Havas“ bezeichnet aber die Meldung als unbegründet. — Vom 5. bis 8. September c. sind nach amtlichem Bericht 59 Cholerafälle gemeldet worden.

Danzig, den 11. September. * Der Magistrat läßt, wie wir hören, bereits nähere Ermittlungen in Betreff der in der Nähe von Brangenan befindlichen, noch nicht aufgeschlossenen Quellen machen. Sollte das Wasserquantum in der städtischen Wasserleitung für die Dauer nicht erheblich über 250,000 Kubikfuß pro Tag steigen, so würde man dasselbe schon in nächster Zeit durch Zuleitung der noch nicht aufgeschlossenen Quellen vermehren können. Angenommen ist wohl, daß wie anderwärts, so auch hier die diesjährige außergewöhnliche Dürre wesentlich zur Verminderung des Wasserquantums beigetragen hat und daß nach Aufhören der Dürre der Zufluß wieder stärker wird. Schon vor Aufbruch des Quellengebiets hat der den Brangenaner Mühlen-teich speisende Bach lange Zeit hindurch ca. 250,000 Kubikfuß Wasser pro Tag geliefert.

* Oberst v. Gayl vom 2. Hanseat. Inf.-Regt. No. 76 ist zum Commandeur des 3. Divisions-Regts. No. 4, Oberst Trent, beauftragt mit der Führung des 7. Div.-Regts. No. 44, zum Commandeur des betr. Regts. ernannt; Oberst und Commandeur des 3. Div.-Regts. No. 4, v. Deutch, ist mit dem 1. Div.-Regt. No. 4, v. Deutch, beauftragt.

* Wie der „B.-u.-H.-B.“ mitgetheilt wird, geht die General-Telegraphen-Direction mit dem Plane um, successive die Telegraphenlinien in weitestgehender Weise auch über die kleineren Städte auszuweiten und möglichst dahin zu streben, daß Städte über 4000 Einwohner hinaus auch mit einer telegraphischen Verbindung versehen sind, in derselben Weise wie heute zu Tage überall eine geregelte Postverbindung besteht. Man will zunächst den Versuch machen, aus diesen Einrichtungen in kleineren Orten eine Finanzquelle für das Reich zu machen, sondern nur dahin streben, daß sich jede Station selbst unterhalte. Man will deshalb durch Kreisämter, Ortsbehörden u. s. w. veranlassen, daß die Gemeinden allerdings die ersten Kosten der Einrichtung übernehmen, — die Drähte sollen gleich unterirdisch angelegt werden — und zu diesem Zwecke im Orte und dem Landgebiete Actien zu einem kleineren Betrage, vielleicht in Appoints à 20 oder 25 T. ausgeben. Hat die eingerichtete Station eine bestimmte Frequenz erreicht, so verpflichtet sich die Telegraphen-Verwaltung für jede Depesche eine Prämie von fünf Silbergroschen zu zahlen.

* Die Carlisle-Polizei zwischen Schöned und Bogutten erhält vom 15. d. Mts. ab folgenden Gang: aus Schöned 5 Uhr früh, in Bogutten 6 Uhr früh; — aus Bogutten 9 Uhr Vorm., in Schöned 10 Uhr Vorm.

(Statistik.) Vom 29. Aug. bis incl. 4. Sept. sind geboren (incl. Todgeburt) 43 Knaben, 33 Mädchen, Summa 76; gestorben 40 männl., 26 weibl., Summa 66 Personen. Todgeborene 2 Knaben, — Mädchen. Dem Alter nach starben und zwar: unter 1 Jahr 32, von 1—5 J. 8, 6—10 J. 1, 11—20 J. 1, 21—30 J. 6, 31—50 J. 8, 51—70 J. 6, über 70 J. 4. Den hauptsächlichsten Krankheiten nach starben: an Lebensschwäche bald nach der Geburt 3, an Abzehrung 1 Kind, an Krämpfen und Krampfsymptomen 10 Kind., an Durchfall und Brechdurchfall 5 Kind., an Bräune und Diphtheritis 2 Kind., an Cholera 6 Kind., 9 Erw., an Lungenentzündung 2 Erw., an Scharlach 2 Erw., an Keuchhusten 2 Erw., an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen 2 Erw., an Entzündung des Unterleibs 5 Kind., 1 Erw., an Schlagfluß 2 Kind., 1 Erw., an Gehirnkrankheiten 2 Erw., an andern entzündlichen Krankheiten 3 Erw., an andern chronischen Krankheiten 2 Kind., 1 Erw., an Altersschwäche 2, in Folge Unfalls 1 Erw., unbekannt 2 Kind.

* [Cholera.] Von der Civilbevölkerung in der Stadt ist seit gestern Niemand erkrankt, Niemand gestorben, 17 Personen sind in Behandlung. Beim Militär ist 1 Erkrankungsfall vorgekommen, 3 Mann in Behandlung. — In Neufahrwasser ist 1 Person erkrankt, 23 sind in Behandlung.

* Kosenberg, 9. September. In einigen hinter St. Gylau gelegenen Ortschaften — Allmalde, Sumpf, Raudnig — wüthet die Cholera seit nicht gar langer Zeit in sehr heftiger Weise. So viel dies jetzt hat festgestellt werden können, ist die Seuche durch einen Maurer, welcher in Thoren gearbeitet und zum Besuche seiner Familie nach Allmalde gekommen war, dort ungewissermaßen eingeschleppt; denn zuerst erkrankte und starb dieser, nachdem die Frau und das Kind. — Auch in einzelnen Orten des angrenzenden Obdauers Kreises tritt sie ziemlich beständig und meist tödtlich auf. — Seit einigen Tagen wird hier an der Bahnlinie nach Olawa wieder gemessen und abgeteilt.

© Bandsburg, 10. Sept. Gestern Vormittag entstand in der Scheune des Handelsmanns Gertrich

† Zinsen vom Staate garantiert.

